

Laibacher Zeitung.

Nr. 120.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 26. Mai

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Ämtlicher Theil.

Am 24. Mai 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XVIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 46 das Gesetz vom 21. Mai 1868, betreffend die Disciplinarbehandlung richterlicher Beamten und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand; — wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder; (Wr. Ztg. Nr. 123 vom 24. Mai.)

Nichtamtlicher Theil.

Die Alarmnachrichten

Der letzten Tage — schreibt die „Wiener Abendpost“ — wollen noch immer nicht ganz aus der europäischen Presse verschwinden. Und zwar erscheint es uns nicht wenig bezeichnend, daß der überwiegende Theil dieser Nachrichten keineswegs das Wiener Ursprungszeugniß trägt, mit welchem man sie in jüngster Zeit fast regelmäßig tendenziös ausgestattet hat. So wird der „Allg. Ztg.“ aus Dresden geschrieben, daß in der Geschäftswelt wiederum eine gedrückte Stimmung herrsche. Privat- und Geschäftsreisende berichteten Wahrnehmungen, die sie in Frankreich gemacht, und alle Wahrnehmungen zusammen ergäben die Thatsache großer, umfassender Rüstungen, die nicht bloß Organisation sein könnten. Beträchtliches Aufsehen erregte insbesondere ein Artikel über dieses Thema in den „Grenzboten.“ Je mehr diese „durchaus national-liberale Zeitschrift“ über jeden Verdacht erhaben sei, durch bloße allarmirende Nachrichten den norddeutschen Bundesfrieden stören zu wollen, um so ernster würde ihre nüchterne Zusammenstellung der französischen Rüstungen und ihre Warnung vor allen optimistischen Glauben an die officiösen Pariser Friedensversicherungen angesehen. Und in ähnlicher Weise berichtet selbst die „Kreuzzeitung“ aus Paris, anknüpfend an die Bemerkung, daß die Rede Olliviers eine gouvernementale Erklärung provocire:

„Aber was kann der Staatsminister erwidern, als was uns die Regierungsblätter bis zum Ueberdruß versichert haben, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und allen Mächten, besonders Preußen, die befriedigendsten — und dann, daß ein bis an die Zähne bewaffnetes Frankreich die sicherste Bürgschaft des Friedens sei? Wobei es natürlicher Weise nicht an Anspielungen auf die Ereignisse von 1865 fehlen wird. Die officiöse „France“ schlägt schon den so eigenthümlichen giftigen Ton gegen Preußen an. Sie stimmt Ollivier darin bei, daß die kriegerischen Besorgnisse die Lage beherrschen, aber sei nicht die Politik Preußens verantwortlich dafür?“ — Diese Darlegung ist doch gewiß allarmirend, wenn auch der Pariser Correspondent der „Kreuzzeitung“ eben so wenig in Verbindung mit der österreichischen Regierung steht, als die Redaction der „Grenzboten.“

Die czechische Theaterfeier in Prag

hat in letzter Zeit sowohl im In- als Auslande viel von sich reden gemacht. Es wurde von ausländischen Stimmen mit Recht hervorgehoben, daß die volle Freiheit, mit der die czechischen Parteiführer diese nationale Demonstration in Scene setzen konnten, der beste Beweis dafür sei, wie grundlos all die Nachrichten über czechische Bedrückung waren, die besonders im Auslande systematisch verbreitet worden sind.

Von Interesse dürfte es sein, zu erfahren, welchen Eindruck die nationale Agitation in Böhmen in den französischen Kreisen gemacht hat. Heute liegt nur der „Constitutionnel“ vor, der sich über die Nationalfeier in Prag folgendermaßen ausspricht: „Man hat in den letzten Tagen den Grundstein zu einem neuen czechischen Theater in Prag gelegt. Die Czechen sagen: Nationaltheater, trotzdem daß diese Bezeichnung ungenau ist, da Böhmen fast zur Hälfte von Deutschen, zur Hälfte von Czechen bewohnt wird, so daß das deutsche Theater sich mit demselben Rechte „Nationaltheater“ nennen könnte. Aber das ist nur ein unbedeutendes Moment. Was aber wichtiger, ist der Umstand, daß die Parteiführer die Gelegenheit benützen wollten, um den Racen-Kampf wieder aufzufrischen und vielleicht Unruhen hervorzurufen, welche die Nothwendigkeit der bewaffneten Inter-

vention, die Proklamirung des Belagerungszustandes im Gefolge gehabt hätten. Das Oidium dieser Gewaltmaßregeln wäre dann unzweifelhaft auf die Regierung in Wien und die Politik des Freiherrn von Beust zurückgefallen. Die gehegten Erwartungen aber haben sich nicht erfüllt, und die Vertheidiger der liberalen Sache in Oesterreich dürfen sich darob beglückwünschen. Durch die neue Verfassung hat Oesterreich allen Meinungen, allen Interessen, allen Stämmen ein weites Feld der friedlichen Auseinandersetzung eröffnet; revolutionäre oder demagogische Umtriebe können nicht im mindesten entschuldigt werden und dürfen bei den Anhängern der Freiheit weder auf Sympathie noch auf Nachsicht rechnen.

Den Czechen, welche Böhmen bewohnen, stehen alle legalen Mittel zur Verfügung, um ihre Beschwerden zur Geltung zu bringen, wenn sie begründet sind, aber die Competenz des Centralparlaments mißachten, auf Kosten der andern Stämme des Reiches herrschen wollen, wäre ihrerseits ein großer Fehler, das hieße sich eine neue Niederlage bereiten, eine Niederlage, welche mindestens eben so verhängnisvoll, wie jene sein müßte, welche die Czechen vor drei Jahrhunderten am weißen Berge erfuhren.

So weit der „Constitutionnel“, den wir wörtlich citirt haben. Der große Unterschied zwischen dem Jahre 1860, wo fast die ganze europäische Presse für die magyarischen Agitationen Partei nahm, und heute, wo sie die czechischen Demonstrationen entschieden mißbilligt, liegt eben darin, daß die europäische Presse damals den Glauben an Oesterreich beinahe verloren hatte, während das constitutionelle Oesterreich von heute sich der allgemeinen Sympathie in Europa erfreut.

114. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 23. Mai.

Vor Beginn der Sitzung theilt Präsident v. Kaiserfeld mit, daß der Referent des Budgetausschusses die Mitglieder desselben zu einer sofort stattfindenden Sitzung einlade und daß er ihnen daher die Ermächtigung ertheile, sich zu derselben zu begeben. Der Präsident ersucht die übrigen Herren, das Haus nicht zu verlassen.

In der darauf stattgefundenen Sitzung des Budgetausschusses wurde, wie wir vernahmen, vom Abg. Skene der, nach dem ihm gestern ertheilten Auftrage modificirte Bericht verlesen. Die Genehmigung dieses Berichtes wird jedoch erst in der auf Abends anberaumten Sitzung erfolgen.

Nach Beendigung der Sitzung des Budgetausschusses eröffnet Präsident v. Kaiserfeld um 1/2 12 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbant befinden sich Ihre Excellenzen die Herren Minister Brestel, Herbst, Berger, Auersperg, Plener, Siskra.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die überreichten Petitionen, darunter mehrere um Abfehlung der von der Regierung beantragten Vermögenssteuer, werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Justizminister Herbst legt einen Gesetzesentwurf, betreffend die Regelung der directen Erbfolge für Bauerngüter, zur verfassungsmäßigen Behandlung auf den Tisch des Hauses nieder.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Budget-Debatte.

Bei Titel 19, Salz, kommt zugleich der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petition, betreffend die Herabsetzung der Salzpreise, die billigere Erzeugung des Salzes, den billigen und leichten Bezug desselben, Benützung der Salzquellen, insbesondere aber die Regelung des Salzmonopoles selbst, zum Vortrage.

Der Ausschuss (Berichterstatter Abg. Proskowitz) empfiehlt die Aufhebung des Salzmonopoles, bis dahin jedoch eine Reihe von Uebergangsmaßregeln: a) Es seien sämtliche Salzpreise analog oder annähernd denen der Nachbarländer herabzusetzen und dem freien Verkehre mit allen Salzgattungen möglichster Spielraum zu gewähren; b) es seien die einzelnen Personen oder Gesellschaften gewährten Begünstigungen eines billigen Salzbezuges aufzuheben; c) es seien sämtliche Staatsverträge, welche die Regie des Salzmonopoles bedrücken, einer gründlichen Revision zu unterziehen; d) es sei die rationellste, billigste Salzherzeugung anzustreben; e) es seien die billigsten Eisen-

bahn- und Schifffahrtstarife für den Salztransport anzustreben.

In der Debatte ergreift das Wort Abg. Frhr. v. Lübeck. Er setzt die Schädlichkeit bestehender Monopole namentlich des Salzmonopols auseinander und empfiehlt die vollständige Aufhebung des Salzmonopols.

Finanzminister Brestel: Was für den Moment zulässig war, ist bereits geschehen; es ist in der Herabsetzung der Salzpreise bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit gegangen worden. Die nächste Zukunft wird zeigen, welche Erfolge diese Maßregel nach sich ziehen wird, und ob man noch weiter gehen könne oder nicht. Die vom Ausschusse empfohlenen Maßregeln verspricht der Minister in reifliche Erwägung zu ziehen. Die Ausschufsanträge werden hierauf unverändert angenommen.

Mehrere auf diesen Gegenstand bezügliche Petitionen werden dem Finanz- und Ackerbauministerium zur Würdigung abgetreten.

Titel 19 (Salzeinnahme 21,757.306 fl.) wird angenommen; ebenso Titel 20 Tabak (41,107.259 fl.), Titel 21 Stempel (11,649.318 fl.), Titel 22 Taxen und Gebühren von Rechts-Geschäften (17,563.270 fl.), Titel 23 Lotto (15,426.030 fl.), Titel 24 Mauthen (2,637.579 fl.), Titel 25 Pünzierung (116.322 fl.)

Die Einnahmen vom Staats-eigenthum sind mit 24,939.664 fl. präliminirt. Sämmtliche Titel werden ohne Debatte angenommen.

Die Cap. IX. Handelsministerium (11,783.800 fl. ordentliche, 20.000 fl. außerordentliche Einnahmen), Cap. X. Ackerbauministerium (146.500 fl.), Cap. XI. Ministerium der Justiz (156.409 fl.), Cap. XII. Rechnungscontrole (1000 fl.), Cap. XIII. Einnahmen aus der Liquidation der Activreste der bestandenen Staats-Centralcasse (18,800.000 fl.), werden gleichfalls ohne Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlagen, betreffend die Gebarung und Controle der Staatsschuld.

Berichterstatter Winterstein verliest den Bericht.

In der Generaldebatte meldet sich zum Worte Abg. Ryger (gegen): Auf Basis der bestehenden Gesetze, namentlich der Ausgleichsgesetze und des Gesetzes betreffend die Regelung der Staatsschuld, behauptet er, daß die Controle der fundirten und schwebenden Schuld keineswegs als gemeinsame Angelegenheit in den Wirkungsbereich des Reichsfinanzministeriums gehöre. Dem Reichsfinanzministerium, welches uns nicht verantwortlich ist, denn jetzt besteht noch immer kein Verantwortlichkeitsgesetz, und wie es scheint, sehnt man sich auch nicht darnach, sollen wir die Gebarung und Verwaltung der Staatsschuld, die Verwaltung der mühsam in unseren Ländern zusammengescharrten Gelder, mit welchen wir die Sünden der Vergangenheit büßen sollen, anvertrauen? Dazu kommt, daß nach § 3 des Gesetzes über die Controle der gemeinsamen Staatsschuld die Mitglieder der Commission unverantwortlich sind und im § 18 dem Reichsfinanzminister wieder die Möglichkeit gegeben wird, mit Zuziehung der Reichscontrolecommission Papiergeld herauszugeben. Sollen wir wirklich dieses so wichtige Recht einigen uns nicht verantwortlichen Mitgliedern überlassen?

Wir dürfen auf eine Angelegenheit, die nur uns, und zwar so tief berührt, eine fremde Körperschaft, welche es nicht einmal wünscht, keinerlei Einfluß üben lassen. Beide Gesetze entsprechen weder der Zweckmäßigkeit, noch der Nothwendigkeit. Redner beantragt daher den Uebergang zur Tagesordnung über beide Gesetze.

Der Antrag wird nicht unterstützt, für denselben erheben sich nebst dem Antragsteller nur seine beiden Nachbarn Hanisch und Koser.

Da in der Generaldebatte sonst niemand das Wort ergreift, wird sogleich zur Specialdebatte des Gesetzes über die Gebarung und Controle der gemeinsamen schwebenden Schuld geschritten. Daselbe normirt die Einsetzung einer Controlexcommission, die aus je sechs Mitgliedern der beiden Reichstheile zu bestehen habe. Diese Commission hat die dem Reichsminister in Geldzeichen anvertraute Schuld zu überwachen und nach § 18 des Gesetzes das Recht, in Verbindung mit dem Reichsminister an die Emission von Staatsnoten zu schreiben. Sämmtliche Paragraphen des Gesetzes werden unverändert angenommen. — Das fernere Gesetz über Gebarung und Controle der consolidirten Staatsschuld und der nicht

Die Chronrede

gemeinsamen, schwebenden Schuld wird ebenfalls angenommen.

Auf Antrag des Berichterstatters werden beide Gesetze sogleich in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Es folgt als nächster Gegenstand der Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Erlassung eines Gesetzes wegen Ausprägung neuer Scheidemünzen und Einziehung der Münzscheine.

Abg. Hopfen erstattet den Bericht und beantragt die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Das Gesetz bestimmt, daß eine neue Silber-Scheidemünze im Betrage von 12 Mill. geprägt werde und die Münzscheine aus dem Umlaufe gezogen werden.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung sogleich angenommen. Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Budgetausschusses über das Gesetz, betreffend die Freigebung der Korallenfischerei an den Küsten von Dalmatien. Es wird die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage beantragt.

In der Generaldebatte ergreift niemand das Wort. In der Specialdebatte stellt zu § 1 Abg. Ujibussa den Antrag, die Bestimmung aufzunehmen, daß die Korallenfischerei nur „für die österreichischen Staatsangehörigen“ freigegeben wird. Der Antrag wird, nachdem sich auch der Finanzminister und der Berichterstatter mit demselben einverstanden erklären, angenommen.

Der zweite und zugleich der letzte Paragraph des Gesetzes wird unverändert und das ganze Gesetz sogleich angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung Montag. Tagesordnung: Erste Lesung des Schiffahrts- und Handelsvertrages mit England; erste Lesung des Uebereinkommens mit Baiern wegen der Tiroler Gemeinde Jungholz; erste Lesung des Gesetzes, betreffend die Stempelgebühren und Taxen; Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die böhmische Nordwestbahn; Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz, betreffend die directen Wahlen; Ausschußbericht über das Gesetz: Ueber die Hintanhaltung der Kinderpest.

Sitzung des Budget-Ausschusses.

Wien, 23. Mai. Der in der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses angenommene Generalbericht des General-Berichterstatters der Majorität, Abg. Skene, über die Finanzvorlagen sagt:

„Der Budget-Ausschuß hat die Finanzvorlagen der reichlichsten Prüfung unterzogen und legt die Resultate in den diesem Berichte angeschlossenen Specialberichten der Beirtheilung und Beschlußfassung des h. Hauses vor.

Der Ausschuß war vor allem der Ansicht, daß es nicht räthlich sei, dem Steuerbewilligungsrechte für drei Jahre zu entsagen, und daß es geboten sei, nur für die Bedürfnisse des laufenden Jahres Sorge zu tragen.

Er konnte ferner der Gesetzesvorlage über die Convertirung der Staatsschuld nicht beistimmen, weil die von diesem Gesetze zu erwartenden Resultate nicht genügen, um die bei so schwerwiegenden Maßregeln unerläßliche Gewähr der gewonnenen Stabilität zu bieten.

Der Ausschuß empfiehlt daher die Annahme der in dem betreffenden Specialberichte näher begründeten Modificationen der Regierungsvorlage der Annahme des h. Hauses.

Der Ausschuß stimmt mit der h. Regierung vollkommen in dem Grundsätze überein, daß zur Ordnung des Staatshaushaltes die Steuerträger den Verhältnissen entsprechend beizuziehen sind und daß die Last, welche eine endgültige Regelung der Finanzen erfordert, nicht ausschließlich von den Staatsgläubigern getragen werden darf; er konnte jedoch aus den ebenfalls in dem Specialberichte näher entwickelten Gründen die von der Regierung eingebrachte Abgabe vom Vermögen nicht für den geeigneten Weg erkennen und glaubt daher, die Ablehnung dieser Vorlage dem hohen Hause anempfehlen zu müssen.

Bezüglich der übrigen Regierungsvorlagen erlaubt sich der Ausschuß, auf die Anträge der Specialberichte hinzuweisen.

Im Falle das h. Haus die Anträge des Ausschusses, insbesondere die Ablehnung der Abgabe vom Vermögen und die bei der Convertirung der Staatsschuld vorgeschlagenen Modificationen zum Beschlusse erhebt, wird der Antrag gestellt:

Das hohe Haus wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, zur Deckung des im Jahre 1868 sich hiernach ergebenden Deficits im Wege der Besteuerung die geeignete Vorlage ungefäumt dem Hause zu unterbreiten.

Dieser Generalbericht sowohl als die betreffenden Specialberichte wurde ohne Debatte im Ausschusse angenommen.

Nach Schluß der Sitzung trat die Minorität, zu deren Berichterstatter Abg. Vanhans gewählt wurde, zu einer Besprechung zusammen, bei welcher auch der Obmann des Budgetausschusses, Freiherr v. Pratoberera, erschien, und der Minorität beizutreten erklärte.

beim Schlusse des Zollparlamentes lautete:

„Gehrte Herren vom deutschen Zollparlamente!

Die wenigen Wochen, welche verfloßen sind, seit ich Sie hier willkommen hieß, werden für die Freiheit des Verkehrs nach außen wie im Innern und für die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt nicht ohne Segen bleiben.

Durch den von Ihnen genehmigten Vertrag mit Oesterreich ist die Einfuhr von wichtigen Materialien für die Fabrication und von Gegenständen des Verbrauchs erleichtert, die Ausfuhr zahlreicher Erzeugnisse des Bodens und der Gewerbe gefördert und die sofortige Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg ermöglicht.

Das im Zusammenhange mit diesem Vertrage stehende Tarifgesetz dehnt die Oesterreich eingeräumten Verkehrsleichterungen fast ausnahmslos auf alle Länder aus.

Die Verträge mit dem Kirchenstaat und mit Spanien sichern dem Zollvereine in beiden Ländern die Rechte der meistbegünstigten Nation und werden dem Verkehr mit denselben einen neuen Aufschwung geben.

Die größere Einfachheit und Beweglichkeit in den Formen des Zollverfahrens wird dem Verkehr mit allen Ländern und allen Theilen des Vereines zugute kommen. Die Herstellung der Gleichmäßigkeit in der Besteuerung des Tabakbaues endlich wird die Aufhebung einer den Verkehr im Innern des Vereines belästigenden Schranke gestatten.

Den günstigen Wirkungen auf die Entwicklung des Verkehrs, welche diese Maßregeln versprechen, steht jedoch, wenigstens für die nächste Zeit, die Besorgniß einer nicht unwesentlichen Verminderung der Zolleinnahmen gegenüber. Einer glücklichen Verschmelzung des finanziellen mit dem wirtschaftlichen Interesse verdankt der Zollverein seine Entstehung und seinen Aufschwung. Die ausschließliche Wahrung des einen von beiden Interessen müßte seine Entwicklung lähmen.

Sie alle, geehrte Herren, haben den ernststen Willen, diese Entwicklung fördern zu helfen, und wenn es bisher nicht gelungen ist, eine Verständigung über den Weg, auf welchem jene beiden berechtigten Interessen auszugleichen sind, herbeizuführen, so vertraue ich, daß bei Ihrem nächsten Zusammentreffen den vereinten Bemühungen der verbündeten Regierungen und des Zollparlamentes der Erfolg auch nach dieser Seite hin nicht fehlen werde.

Nicht minder darf ich hoffen, daß die Session des deutschen Zollparlamentes, welche ich heute schließe, dazu gedient hat, das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und ihrer Regierungen zu kräftigen und manche Vorurtheile zu zerstören oder doch zu mindern, die der einmüthigen Bethätigung der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, welche das gleiche Erbtheil aller deutschen Stämme ist, etwa im Wege gestanden haben; Sie werden alle die Ueberzeugung in die Heimat mitnehmen, daß in der Gesamtheit des deutschen Volkes ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches von der Form, die ihm zum Ausdruck dient, nicht abhängig ist und welches gewiß in stätigem Fortschreiten an Kraft zunehmen wird, wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in der Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte.

Nachdem ich durch den übereinstimmenden und verträglich befundenen Willen der dazu berechtigten gesetzgebenden Gewalten unseres deutschen Vaterlandes zu dieser hervorragenden Stellung in demselben berufen bin, betrachte ich es als Ehrenpflicht, vor den zu diesem Parlamente erwählten Vertretern des deutschen Volkes zu bekunden, daß ich die mir übertragenen Rechte als ein heiliges, von der deutschen Nation und ihren Fürsten mir anvertrautes Gut in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge und der geschichtlichen Berechtigungen, auf welchen unser vaterländisches Gemeinwesen beruht, handhaben und verwerten werde.

Nicht die Macht, welche Gott in meine Hand gesetzt hat, sondern die Rechte, über welche ich mit meinen Bundesgenossen und den verfassungsmäßigen Vertretungen ihrer Unterthanen in freien Verträgen übereingekommen bin, werden mir jetzt und in Zukunft zur Richtschnur meiner Politik dienen.

In dieser Richtung und in fester Zuversicht auf Gottes Beistand die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben erstrebend, sehe ich der Wiedervereinigung des deutschen Zollparlamentes entgegen, sobald neue Arbeiten dasselbe zu erneuter Thätigkeit berufen werden.

Die russischen Gäste in Prag.

Aus Warschau, 21. Mai, wird der „Debatte“ geschrieben: Wenn auch die hier bald bekannt gewordenen Vorgänge in Prag gerade nicht das Tagesgespräch bilden, so ist doch nicht zu verkennen, daß man hier und da denselben ein Interesse zuwendet. Aus der Reihe der hiesigen zu den Prager Festivitäten geladenen Personen hat der Musikdirector Moniuszko von der Einladung Gebrauch gemacht und sich dorthin begeben. Es ist dies der in slavischen Dingen unvermeidliche Moniuszko, welcher dadurch, daß er eine Reihe verschied-

denartiger slavischer Lieder zusammengestellt und eine „Halka“ daraus fabricirte, sich in weiteren Kreisen einen Namen machte, und von dem früher sehr bekannt gewesenen, nun verstorbenen Polizei-General und Theaterdirector Abramowicz an die Stelle des durch seinen Patriotismus ebenso wie durch seine großartigen Leistungen auf dem Gebiete der Composition ausgezeichneten Directors Dobrzynski gesetzt wurde, weil Herr Moniuszko „gesinnungstüchtiger“ als Dobrzynski war. Unter denjenigen, welche Warschau passirten, um nach Prag zu eilen, fehlt auch diesmal nicht der oft genannte „Professor“ Zamanski. Wie Zamanski zu dem „Professor“ kommt, weiß er wohl bis heute selbst noch nicht; es ist dies eben russische Industrie, als literarischer und gelehrter Forscher nach dem Auslande reisen und unter dieser Firma jene Aufträge auszuführen, welche aus der dritten Abtheilung fließen. Zamanski wird übrigens Ihnen dort specieller bekannt sein, und ich bitte Sie nur, die Spur seiner vor Jahren in Croatien u. s. w. angestellten „Forschungen“ (wie er auch damals sagte: gelehrte) zu verfolgen. Zamanski reist häufig in slavische Lande; die guten Slaven nehmen ihn auch freudig auf, sie glauben wirklich, daß sie es mit einem Gesinnungsgeoffenen par excellence zu thun haben. Man täusche sich nicht, — wirkliche russische Patrioten meiden ihn wie das höllische Feuer, weil sie es für zweifellos halten, daß das sich oft wiederholende Erscheinen Zamanski's unter den fremden Slaven keinen anderen Zweck habe, als die etwaigen Fühlungen, welche russische Patrioten mit auswärtigen Slaven im Geheimen unterhalten, zu erspüren, zu verfolgen und der dritten Abtheilung zur Paralyse zu unterbreiten. So war Zamanski schon unter dem Paskiewicz'schen und nachher unter dem Gorczakow'schen Regime von deren Kanzleichef Senator Eliaszewicz benützt, so wird er heute und seit Jahr und Tag schon, nachdem er Carriere gemacht, von der kaiserlichen Kanzlei in Petersburg benützt. Nicht viel anders verhält es sich mit den wenigen übrigen „Russen“, welche mit Zamanski nach Prag geeilt sind. — Von unabhängigen, geachteten slavischen Persönlichkeiten hat meines Wissens keine die Reise zur Gegenvisite auf die Mostauer Fahrt angetreten.

Zur englischen Friedensdemonstration.

Die „Debatte“ schreibt: Ein hiesiges großes Blatt weiß heute von einer Friedensdemonstration zu melden, die das englische Cabinet angeblich im Sinne führen soll und zu welcher Kundgebung auch Oesterreich seine Mitwirkung in voraus bereitwilligst zugesagt hätte. — So sehr auch eine jede, auf die Sicherung des europäischen Friedens hinielende Action irgend eines einflußreichen europäischen Großstaates Oesterreich willkommen sein müßte, und so gewiß auch jede Initiative in dieser Richtung auf die kräftigste Unterstützung von Seiten Oesterreichs rechnen dürfte, wird man diese Mittheilung trotzdem nicht ohne begründete Zweifel aufnehmen können. Das britische Cabinet hat es ebensowenig als die österreichische Regierung nötig, durch irgend eine besondere Demonstration erst seine friedfertigen Intentionen vor Europa zu constatiren. Kein zurechnungsfähiger Politiker in ganz Europa wird Oesterreich und England im Ernste aggressive Pläne zumuthen wollen. Eine Manifestation für den Frieden von dieser Seite her erschiene daher völlig inhaltslos und jedenfalls ganz überflüssig.

Wenn England es daher wirklich für nötig halten sollte, seinen mächtigen Einfluß im Interesse des europäischen Friedens durch ein Heraustrreten aus seiner bisherigen Reserve geltend zu machen und sich ernstlich mit der segensreichen Idee tragen sollte, etwaige gewitterchwangere Wolken vom Horizonte Europa's dadurch zu bannen, daß es die Mächte zu einer einheitlichen Friedenskundgebung zu bewegen trachtet; — so liegt es wohl auf der Hand, daß es nicht in Wien zuerst mit seinem Plane anklopfen würde. Das Cabinet von St. James würde in diesem Falle ohne Zweifel vor allem dort seine Hebel ansetzen, wo im Verlaufe der Ereignisse Gewitterstoff sich angehäuft hat und von woher Gefahren für den Weltfrieden drohen könnten.

Ohne daß wir die zwischen Frankreich und Preußen bestehenden Beziehungen momentan etwa für sehr gespannt und bedenklich halten, glauben wir doch, daß das Londoner Cabinet, falls es wirklich entschlossen sein sollte, im Interesse der Erhaltung des Friedens zu wirken, in Paris, Berlin und Petersburg das geeignete Terrain für seine Action fände.

Wahrlich, Oesterreich würde die gesicherte Harmonie der europäischen Mächte gewiß nicht stören und mit tausend Freunden der Friedensliga beitreten. Daß aber, wie gesagt, die Staatslenker Englands bei einer beabsichtigten Friedensdemonstration mit Oesterreich den Anfang machen sollten, scheint dem nächstern Sinn englischer Politiker keineswegs zu entsprechen.

Der eventuelle Ausgang der englischen Cabinetskrisis

wird von den Londoner Blättern, nach den orakelhaften Antworten, welche Disraeli in der Unterhaus Sitzung vom 19. namentlich bezüglich der schottischen Reformbill gegeben, wenn möglich noch lebhafter als je zuvor be-

sprochen. „Daily News“ sieht darin ein Schwanken, das dem Nachgeben vorhergeht, und begegnet der nicht ausgeschlossenen Möglichkeit, daß Disraeli einen günstigen Augenblick für Auflösung des Hauses erwarte, mit der Androhung eines Sturmes von Entrüstung, womit das Volk denjenigen nicht verschonen werde, der mit den Interessen des Landes spiele, um dem eigenen Ehrgeiz zu fröhnen. Der radicale „Morning Star“ erklärt mit einer gewissen entschiedenem Kürze, es sei Zeit, diesem Spiel ein Ende zu machen, und wenn Disraeli's Antwort in Betreff der schottischen Reformbill nicht befriedigender Natur sei, so möge ihm das Haus zeigen, daß es keine Umschweife dulde. In Betreff einer Auflösung ist der „Star“ anscheinend ohne Sorgen und meint, man könne einen solchen Versuch mit einem Tadelsvotum oder einer Adresse an die Krone pariren. Die „Times“ erwartet, daß Disraeli die Principienfrage in Betreff der schottischen Reformbill, welche am Montag zu seinen Ungunsten entschieden wurde, abermals zur Abstimmung bringen werde. Erkläre sich dann wieder das Haus entschieden dagegen, daß das Wahlrecht in Schottland mit persönlicher Abgabenzahlung verknüpft werde, dann bleibe der Regierung allerdings nichts anderes übrig, als abzutreten oder auslösen. Auslösen aber, ehe eine Neuwahl unter dem neuen Wahlgesetze möglich sei, würde wenig besser als Hochverrath gegen die Constitution sein; sollte übrigens Disraeli anstatt abzudankten in diesem Falle doch zu dem anderen Auskunftsmitel greifen, so könne das Parlament auch das letzte, aber wirksame Mittel anwenden, die Staatsausgaben nicht zu bewilligen, und dadurch die Auflösung verhindern. „Morning Herald“ erklärt, wenn die Liberalen, wie die „Times“ rath, in einer neuen Abstimmung den errungenen Vortheil aufgeben wollten, so werde die Regierung die Erledigung der schottischen Reformbill fortsetzen, als sei nichts vorgefallen.

Zur Russificirung Polens.

Vor kurzem wurde ein Ukas erlassen über Entfernung von Beamten katholischer Confession aus ihren Aemtern auch im Königreich Polen. Dieser „geheime“ in den öffentlichen Blättern nicht mitgetheilte Ukas lautet: Der Leiter der allerhöchsten eigenen Kanzlei Sr. Majestät des Kaisers für die polnischen Angelegenheiten hat, durch Zuschrift vom 30sten September 1867, Nr. 3221, dem Generalfeldmarschall im Königreiche eine Verordnung des Comites für polnische Angelegenheiten vom 5. September, Nr. 71, zu gefertigt, in welcher es heißt: „Das Comitè für die Angelegenheiten des Königreiches Polen hat in der Sitzung vom 5. September den Beschluß des Regulirungscomitè's vom 7. Juli 1867 in Betreff der Ausgaben, um Beamte russischer Herkunft auch für den administrativen Dienst nach Polen zu bringen, erwogen und bestimmt, daß zur Deckung der Ausgaben, um Beamte russischer Herkunft nach Polen zu bringen, für das Jahr 1868 die Summe von 25.000 Rubel im Etat des Königreiches aufgenommen werden soll, mit der Verschärfung, daß im Laufe des Jahres 1868 sämtliche Posten von Räten, Beamten für besondere Aufträge und Referendaren in den Gubernial- und Kreisbureaux unwirksamlich nur von Beamten russischer Herkunft und Bekennnisses besetzt sein sollen.“ — Auf diesen Beschluß des Comitè's geruhte Sr. Majestät am 20. September in Livadia eigenhändig aufzuschreiben: „Zu vollziehen.“

Erbfolge in der Türkei.

Zu den diplomatischen Kreisen Constantinopel's ist das Gerücht verbreitet, daß der Sultan sich mit dem Plane beschäftige, die bestehende Erbfolge-Ordnung für die Thronbesteigung zu Gunsten der Nachkommen des jedesmaligen regierenden Sultans zu ändern. Nach dem geltenden Rechte gelangt der älteste, auf dem Throne geborene Prinz der regierenden Familie zur Nachfolge. Es würde also nach dem Tode des jetzigen Sultans, welcher am 9. Februar 1830 geboren ist, der Sohn seines Bruders, des 1861 verstorbenen Sultans Abdul Medjid, in der Regierung folgen. Es ist dies der Prinz Muhammed Mourad, geboren den 21. September 1840. Der Sohn des regierenden Sultans Jussuff Izzeddin ist am 9. October 1857 geboren, also jünger als sein Vetter Mourad. Die gegenwärtige Einrichtung hat (neben überwiegenden Nachtheilen) den Vortheil für das Reich, daß eine Regentenschaft für Minderjährige wohl nur selten nothwendig werden dürfte, da in der kaiserlichen Familie sich beim Tode des Sultans gewöhnlich Prinzen befinden werden, welche das Alter der Mündigkeit neben der anderen Bedingung erreicht haben. Der Scheik-ul-Jesam soll sich in bestimmter Weise gegen diese beabsichtigte Aenderung der Thronfolge-Ordnung ausgesprochen haben, und soll darin die Veranlassung zu seiner Absetzung liegen. An die Spitze der Ulema's ist, wie man der „Köln. Ztg.“ mittheilt, der frühere Religionslehrer des regierenden Sultans gestellt, welcher wahrscheinlich geneigter sein wird, sein Jethwa unter das Gesetz über die veränderte Thronordnung zu setzen, als sein Vorgänger.

Oesterreich.

Wien, 23. Mai. (Erbfolge in Bauerngütern.) Das heute eingebrachte Gesetz, durch welches die Bestimmung des § 761 des a. b. G. B. in Betreff der Erbfolge in Bauerngütern abgeändert wird, lautet: § 1. Die im § 761 a. b. G. B. erwähnten, in politischen Gesetzen enthaltenen Anordnungen, welche die Vererbung von Bauerngütern betreffen und hinsichtlich der Auseinandersetzung der Vermögens-Verhältnisse unter mehreren Miterben oder zwischen dem Erben und dem überlebenden Gatten Abweichungen von den Bestimmungen des a. b. G. B. enthalten, treten in jenen Ländern oder Landestheilen, in welchen die Theilung von Bauerngütern gesetzlich nicht mehr beschränkt ist, mit Ablauf von drei Monaten nach dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes außer Wirksamkeit. In jenen Ländern und Landestheilen, in welchen die Beschränkung der Theilung von Bauerngütern noch besteht, haben im Falle der Aufhebung dieser Beschränkung jene Anordnungen erst mit Ablauf von drei Monaten nach demjenigen Tage außer Wirksamkeit zu treten, mit welchem durch ein Landesgesetz diese Beschränkung aufgehoben sein wird. § 2. Auf Erbfälle, in welchen der Anfall der Erbschaft schon vor dem Tage des Beginns der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes erfolgt ist, hat dasselbe keine Anwendung zu finden.

Prag, 23. Mai. (Die Judeneccessen des vorigen Jahres) gelangten vorgestern zum letzten Male beim k. l. Landes- als Strafgerichte zur Sprache. Er betraf die Plünderung des Perus'schen Hauses zu Rakonitz, an der mitthätig gewesen zu sein der einstufige Gendarm Wenzel Macak und der Bergmann Wenzel Hazal angeschuldigt erscheinen. Der Herr St.-A.-S. Rapp beantragte für den Ersteren eine zwölfjährige, für den Letzteren eine achtmonatliche schwere Kerkerstrafe. Nach Anhörung der Plaidoyers der Herren Prof. Gundling und Dr. Zucker verurtheilte der Gerichtshof unter Vorsitz des Herrn Landesgerichtsrathes Kawalla, Macak zu dreimonatlichem schweren und Hazal zu vierzehntägigem einfachen Kerker, welche Strafen die Verurtheilten nach ausgestandener zwanzigmonatlicher Untersuchungshaft auch sofort antraten.

Ausland.

Berlin, 23. Mai. (Das Zollparlament) verwarf abermals die Steuer auf Petroleum mit 149 gegen 86 Stimmen, worauf Graf Bismarck die gesammte Tarifvorlage zurückzog. Nach der Thronrede ist königliche Tafel, wozu vornehmlich die süddeutschen Zollparlaments-Mitglieder geladen sind. Abends sind die Mitglieder des Zollparlamentes zu einer Soirée beim Kronprinzen geladen, sodann um 11 Uhr (also doch heute) findet die Excursion nach Kiel statt. Der Zollbundesrath traf in der gestrigen Sitzung Verwaltungs-Anordnungen zum Vollzuge des österreichischen Handels-Vertrages.

Florenz, 19. Mai. (Besteuerung der Orden und Adelsdiplome. — Finanzoperation.) Die Kammer verlor heute einen guten Theil ihrer kostbaren Zeit mit der Erörterung von Amendements, welche darauf abzielten, die verschiedenen italienischen Ordensdiplome zu besteuern. Crispi wollte sogar, daß nicht bloß die zukünftigen, sondern auch alle gegenwärtigen Ordensritter Taxen entrichten sollten, und Minervini, eines der enkants terribles der Kammer, hielt eine dreiviertelstündige Rede, um seinen Zusatzantrag zu begründen, der u. a. die Annunziataritter mit einer Abgabe von 7000 L. belegt wissen wollte. Die Kammer ging jedoch auf alle diese Vorschläge nicht ein und beschloß nur, daß die Gemeinden, welche ein adeliges Wappen, so wie die Bürger, welche ein Familienwappen führen wollen, dafür 500, beziehungsweise 200 L. entrichten sollen. Die „Riforma“ wurde wegen Abdrucks eines Schreibens Alberto Mario's an die „Perseu“ sequestrirt, worin derselbe leugnet, daß er und seine republikanischen Freunde Brandschriften gegen die Monarchie verbreiten. Dies sei gar nicht nöthig, sagt er, da die Mißgriffe der Monarchie ohnedies zur Republik führen werden. — 20. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Abg. der Rechten machte der Finanzminister Mittheilungen über eine Finanzoperation zur Deckung des Deficits für 1868. Es scheint sich um eine neue Operation bezüglich der Kirchengüter und Verpachtung des Tabakmonopols zu handeln.

Paris, 23. Mai. (Tunesische Differenz.) Die „Epoque“ meldet, die Differenz mit Tunis könne als beendet betrachtet werden; den französischen Interessen wurde Genüge geleistet. Folgergemäß ist die Stellung des Marquis de Moustier nicht bedroht.

— 23. Mai. (Hannoveraner. — Reise des Prinzen Napoleon.) Die „Patrie“ versichert aus Anlaß der Weigerung der hannoverschen Legionäre, von der Amnestie Gebrauch zu machen, daß die Unterschriften und der Inhalt dieses Documentes theilweise der Authenticität entbehren; sie fügt hinzu, wenn der Boden Frankreichs für alle ein gastfreundlicher bleibe, so dürfe niemand die Gastfreundschaft mißbrauchen, um Acte zu begehen, bei welchen eine Compromittirung der auswärtigen Beziehungen der französischen Regierung auf dem Spiele stehe.

London, 23. Mai. (Abhissinisches.) Napier meldet aus Aschanga vom 5. Mai, daß er dort am selben Tage mit dem Nachtrab angekommen ist. Die Einschiffung geschieht in Zullach auf das rascheste. Alles befindet sich wohl.

Tagesneuigkeiten.

— (Sanctionirte Gesetze.) Die „Wiener Zeitung“ vom Samstag veröffentlicht eine Reihe von Gesetzen, welche die a. b. Sanction erhalten haben; es sind dies die Gesetze in Betreff der Auslagen für Schöffen; über das Geltungsgebiet der unter der Mitwirkung des Reichsrathes erlassenen Gesetze; über die politische Organisation und endlich das Gesetz, womit mehrere Paragraphen der Geschäftsordnung des Reichsrathes abgeändert werden. Die „Wr. Ztg.“ vom Sonntag veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Disciplinarbehandlung richterlicher Beamten und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand.

— (Militärisches.) Aus Wien, 22. Mai, wird der „Lagespost“ mitgetheilt, daß das Reichskriegsministerium eine Prämie von 100 Ducaten in Gold dem aussetzt, welcher bis 30. Juni d. J. eine billige und dem Zwecke entsprechende Exercierpatrone für Hinterlader zu offeriren in der Lage ist. — Ein anderer Correspondent schreibt: Soeben erläßt der Reichskriegsminister an die Generalcommanden ein Rescript, daß alle Infanterierecruuten der vorjährigen Affentirung sogleich nach bewirkter Aufstellung des fünften Bataillons zur achtwöchentlichen Abrihtung berufen werden, daß bei jedem Infanterieregimente 400 Recruuten jezt, und dort, wo noch mehr als diese Zahl un-abgerichtet ist, der Rest am 1. September zum Dienst einberufen werde.

— (Oesterreichische Bäder.) Die Kurliste von Wildbad-Gastein weist bis 14. d. M. 75 Kurgäste aus.

— (Strafhauserecessen.) Wie die „Görzer Zeitung“ meldet, sind dieser Tage im Strafhause zu Gradisca Ruhestörungen ausgebrochen. Staatsanwalt Defacis begab sich sofort an Ort und Stelle und seinem energischen Auftreten, sowie der Ergreifung der strengsten Maßregeln gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Staatsanwalt Defacis begab sich ganz allein und unbewaffnet unter die Ruhestörer und hielt ihnen ihr Betragen vor, er untersuchte persönlich die Schlafsäle und ließ die Räubersführer in abgesonderten Gewahrsam bringen. Gegenwärtig herrscht wieder vollkommene Ordnung.

— (Graf Bismarck's — Panzer.) Ein Correspondent der „Augsb. Allg. Ztg.“ schreibt, während der letzten Adreßdebatte sei Graf Bismarck heiß dagelassen, „als stecke er in einem Stahlcorset“. Es ist dies nicht figürlich zu nehmen. Der Umstand, daß der Herr Bundeskanzler auch in dem friedlichen Zollnerverein, wenn er ihn überhaupt mit seiner Gegenwart beehrt, stets die (bei dieser Hitze entsehrlich unbrauceme) bis oben zugedrückte Kästchenuniform trägt — und die eigenthümliche Steifigkeit in allen Bewegungen des Oberkörpers, namentlich die auffallende Unbeweglichkeit der Brust, haben unter den Abgeordneten fast allgemein die Meinung erweckt, daß Graf Bismarck einen Panzer trägt.

— (Ueber den Nothstand in Ostpreußen) wird geschrieben: „Die Noth besteht, Dank den Maßregeln gewisser Weisheiten, noch immer fort, nur hat sie insofern gewechselt, als einzelne Männer im Arbeiterstande wirklich Arbeit haben, mit einem Lohne, mit dem sie Frau und Kinder nicht ernähren können, und daß beim Erschöpfen aller Geldbeutel nach der Soat der Handwerker jezt der doppelt und der dreifach Betroffene ist. Leider hat sich der liebe Himmel mit gewissen Weisheiten zusammengesethan, um, was das Wetter betrifft, das seinige zur Erhaltung des Nothstandes zu thun. Geschehen nicht Zeichen und Wunder, so kommt die rechte Noth erst im künftigen Herbst und Winter.“

— (Die Eisenbahn über den Mont-Cenis), die bekanntlich nach dem Fell'schen System gebaut ist, hat die Probe glücklich bestanden. Ein von St. Michel nach Susa abgegangener, aus 12 Waggons bestehender Zug legte den Weg in vier Stunden und sechs Minuten mit einer Maximalgeschwindigkeit von 19 Kilometer in der Stunde zurück.

— (Aus den höheren russischen Sphären.) Der Herzog von Oldenburg, schreibt der „Dien. Pozn.“, der zum Obersten degradirt ward, weil er sich in eine Dame polnischer Abstammung verliebte und diese auch heiratete, wurde bei seiner Ankunft in Bialystok gleich in der ersten Nacht total ausgeplündert. Der Herzog jedoch, vertraut mit den Sitten und Gebräuchen Rußlands, hatte nichts Siligeres zu thun, als den Polizeicommandanten, den Major Kazanstoj, verhaften zu lassen, und richtig stellte es sich heraus, daß Herr Kazanstoj selbst im engen Einvernehmen mit der Bande stand, die den Diebstahl vollführte. In derselben Stadt hat wieder der Offizier Gusta den Obersten Zadarnowski und der Polizeimeister Lomzynsky die Frau des geachteten Kaufmannes, des Herrn Kolinski, geohrfeigt.

— (Judenverfolgungen und eingekerkerte Maurenköpfe.) Die Marokkaner wollen den Rumänen in nichts nachgeben, sie haben deshalb ebenfalls Judenverfolgungen organisiert, die aber für einige der Beteiligten, die mehrere französische Israeliten am Leben bedroht, einen etwas unangenehmen Ausgong genommen haben. Die französische Regierung, die in derlei Dingen keinen Spaß versteht, schickte die Fregatte „Panama“ in die marokkanischen

Gewässer, worauf sich der Sultan beeilte, der „großen Nation“ Genugthuung zu geben und Gerechtigkeit auszuüben.

Locales.

(Eisenbahn St. Peter-Fiume.) Sicherem Vernehmen nach wird nunmehr der Bau der Eisenbahnlinie von St. Peter nach Fiume ohne Aufschub in Angriff genommen werden.

(Als Dolmetsch der italienischen Sprache) am hiesigen Landes- und dem städt. bezüg. Bezirksgerichte ist vom k. k. Oberlandesgerichte in Graz der Herr Regierungsrath Heinrich Ritter v. Alpi ernannt und als solcher am 14. d. M. beeidigt worden.

(Buchdrucker-Fortbildungsverein.) Kommenden Samstag, 8 Uhr Abends, findet eine außerordentliche General-Versammlung im Vereinslocale, Dr. Pongratz'sches Haus, vis-à-vis der Burg, ebenerdig rechts statt.

(Abenteuer auf einer Landpartie.) Als am verflossenen Donnerstag Abends eine hiesige Familie, in Begleitung eines k. k. Officiers, von einem Ausfluge nach Zwischenwässern heimkehrte, wurde der Wagen von fünf Bauernburschen angehalten.

(Ein Königreich für einen flinken Wiener Kellner!) mochte gestern Abends mancher Gast ausrufen, der voll Sehnsucht nach dem edlen heimischen Bier in die Restauration von Leopoldstrube pilgerte.

(Kronprinz Rudolfs-Bahn.) Vorigen Dienstag hat die erste Locomotive die kärntnerische Strecke der Kronprinz Rudolfs-Bahn befahren.

Rundmachung.

Se. Excellenz der k. k. Handelsminister hat mich Gefertigten mit einer Zuschrift beehrt, die im wesentlichen so lautet:

„Nach einer mir zugekommenen Mittheilung hat sich in Triest ein Comité zu dem Zwecke constituirt, um das Andenken an weiland Se. Majestät Kaiser Maximilian durch die Errichtung eines Monumentes in dieser Stadt zu verewigen, und es hat Se. Excellenz der Herr Reichskanzler das ihm angetragene Protektorat dieses Unternehmens bereitwilligst übernommen.

„Wenn auch die Anregung zu der erwähnten Idee von einer Stadt ausgeht, die dem hohen Verbliebenen durch Dankbarkeit besonders verpflichtet ist, so kann es doch nicht bezweifelt werden, daß auch außerhalb Triests allerorts sich zahlreiche Gleichgesinnte zur Förderung dieses Unternehmens finden werden.

„Von dieser Ueberzeugung geleitet, entspreche ich mit Vergnügen einem von Sr. Excellenz dem Herrn Reichskanzler ausgedrückten Wunsche, indem ich Euer Wohlgeboren auf dieses Unternehmen aufmerksam mache u.“

Ich glaube meine Pflicht am besten dadurch zu erfüllen, indem ich dieses patriotische Unternehmen zur allgemeinen Kenntniß öffentlich bekannt mache, und dieß umsomehr, weil gerade die Hauptstadt unseres Kammerbezirktes, Laibach, zum wiederholten male der Sammelplatz für die mexicanische Expedition gewesen ist.

Den Gewerbs- und überhaupt den Geschäftsleuten wird gewiß die Zeit, als die kais. mexicanischen Freiwilligen in unseren Mauern verweilten, noch in recht guter Erinnerung sein. Ich bitte daher insbesondere alle Geschäftsleute und ebenso alle Patrioten der Hauptstadt und des ganzen Kammerbezirktes, sich an diesem patriotischen Unternehmen nach Möglichkeit zu betheiligen.

Laibach, am 25. Mai 1868.

V. C. Supan,

Präsident der Handels- und Gewerbe-Kammer von Krain.

Neueste Post.

Die Wiener Blätter melden den am verflossenen Sonntag 1 Uhr früh erfolgten Tod des Dr. Eug. Alex. Megerle v. Mühlfeld, Hof- und Gerichtsadvocaten, Reichsrathsabgeordneten u., im 58. Lebensjahre.

Wien, 25. Mai. (Tr. Ztg.) Im Unterhause widmete der Präsident dem verstorbenen Mühlfeld einen warmen Nachruf; das Haus erhebt sich zur Bezeugung seiner Theilnahme.

Best, 24. Mai. In der heute um 12 Uhr stattgefundenen Konferenz der Deapartei berichtet der Handelsminister Gorove, daß Se. Majestät der Kaiser in die formale Abänderung des preussisch-österreichischen Handelsvertrages einwilligt.

Paris, 24. Mai. (Tr. Ztg.) Der „Constitutionnel“ constatirt, die preussische Thronrede sei die erste officielle Kundgebung, welche sich im vollständigen Einklange mit dem Geiste des prager Friedens befindet.

London, 25. Mai. (Tr. Ztg.) Ein befriedigender Compromiß bezüglich der schottischen Reformbill ist bevorstehend. „Morningpost“ theilt mit, die Angabe der „N. fr. Pr.“ bestätigend, die britische Regierung habe Eröffnungen behufs allgemeiner Abrüstung gemacht.

New-York, 12. Mai. Die Bill, welche die sechs Staaten des Südens zur Vertretung im Congresse zuläßt, wird dann in Wirksamkeit treten, wenn diese Staaten das vierzehnte Amendement der Constitution ratificiren werden.

Telegraphische Wechselcourse.

5perc. Metalliques 55.25. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56.50. — 5perc. National-Anlehen 61.35. — 1860er Staatsanlehen 79.80. — Bankactien 699. — Creditactien 182.10. — London 116.70. — Silber 114.65. — R. f. Ducaten 5.56.

Das Postdampfschiff „Saxonia“ Capitan Meier, welches am 6. d. M. von Hamburg und am 8. d. M. von Southampton abgegangen, ist am 20. d. M. wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Internationaler Ausstellungsmarkt in Prag. Der in voriger Woche zu Prag abgehaltene zweite Zucht- und Mastvieh-, sowie landwirthschaftliche Maschinen- und Geräthemarkt hat den Erwartungen vollständig entsprochen.

Tabakbau in Böhmen. Der patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Böhmen ist seitens des Finanzministeriums gestattet worden, in 15 verschiedenen Landesgegenden Versuche mit Tabakbau vorzunehmen.

Gegen Staatsunterstützung. Die großherzoglich hessische Regierung hat beschlossen, den durch Hagelschlag beschädigten Landwirthen in Zukunft keinerlei Unterstützung aus den Staatscassen und keinerlei Steuernachlässe zu gewähren.

Angelkommene Fremde.

Am 22. Mai. Stadt Wien. Die Herren: Weber, Handelsm., von Graz. Stalzer, Handelsm., von Gotschee. — Jatic, Handelsm., von St. Martin. — Stalzer, Handelsm., von Büchel. — Resch, Handelsm., von Triest. — Mayerhofer, Handelsm., von Wien. — Baron Apfalter, Herrschaftsbesitzer, von Kreuz. — Elefant. Die Herren: Grünhut und Gotsch, von Triest. — Langenbach, Müller, von Gronsbad. — Lausch, penj. Beamter, von Neufaj. — Basadonna. — Laubenheimer, Kaufm., von Mainz. — Krebs, Agent; Kratupp und Tonetti, Kaufm., von Wien. — Haut, Kaufmann. — Baierischer Hof. Die Herren: Rosenstein, Privatier, von Graz. — Blasche, Tuchfabricant, von Weißkirchen.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 1000 f. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien.

Reißer, sonniger Tag. Federwolken. Ruhige Luft. Abend: roth mit intensivem Gegenschein in O. Große Klarheit der Luft. Das Tagesmittel der Wärme um 4.1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimayr.

Ein Steinröthel

ist in der Frühe des 26. Mai in Verlust gerathen. Der redliche Finder wird ersucht, denselben gegen eine Entlohnung von 2 fl. in das Haus Nr. 108 Bahnhofgasse, ebenerdig, links, zurückzustellen.

Börsenbericht. Wien, 23. Mai. Für einige Fondsgattungen wie für Grundentlastungsobligationen, Fester Kettenbrückenactien und Bahnen letzter Emission war zur besseren Notiz mehr Begehr, die anderen Gattungen hingegen blieben größtentheils vernachlässigt und Devisen und Metalle eher feifer. Geld abundant. Geschäft mäßig.

Large table with multiple columns: Öffentliche Schuld, B. der Kronländer (für 100 fl.), Geld Waare, Süd-St., I.-ven. u. z.-i. E. 200 fl., Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. C.M., Böhm. Westbahn zu 200 fl., Deft. Don.-Dampfsch.-Ges., Wien-Dampfm.-Actg., Fester Kettenbrücke, Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl., Lemberg Czernowitzer Actien, Pfandbriefe (für 100 fl.), Nationalbank auf 5%, Nationalb. auf 5%, Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5%, Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber, Lose (pr. Stück), Cred.-A. f. S. u. G. 3. 100 fl. 3 B., Don.-Dampfsch.-G. 3. 100 fl. C.M., Stadtgem. Ofen 40 B., Esterhazy zu 40 fl. C.M., Salm 40 B., Geld Waare, Paffy zu 40 fl. C.M., Clary 40 B., St. Genois 40 B., Windischgrätz 20 B., Waldstein 20 B., Reglewid 10 B., Rudolf-Stiftung 10 B., Augsburg für 100 fl. südd. W., Frankfurt a. M. 100 fl. detto, Hamburg, für 100 Mark Banco, London für 10 Pf. Sterlmg., Paris für 100 Franks, Cours der Geldsorten, R. Münz-Ducaten 5 fl. 57 kr. 5 fl. 57 1/2 kr., Napoleonsd'or 9 B. 33 B. 9 B. 33 B., Russ. Imperials 9 B. 62 B. 9 B. 63 B., Vereinsthaler 1 B. 72 B. 1 B. 72 B., Silber 115 B. 115 B. 25 B., Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prät. vatnotirung: 86 1/2 Geld, 87 1/2 Waare.